

DPolG Niedersachsen Presse **aktuell**

Hannover, 29.11.2022

DPolG Niedersachsen fordert: Die Politik muss endlich die Banken in die Pflicht nehmen!

Dieser Tage sorgt ein „Hilferuf“ eines anonymen niedersächsischen Polizeibeamten für Aufsehen. Thematisch geht es um das Kriminalitätsphänomen der Geldautomatensprengungen, welche erstmalig bereits Mitte der 2010er-Dekade die Aufmerksamkeit der Sicherheitsbehörden erregt hat. Trotz der Subjektivität dieses Interviews, sollte der Frust, der dahintersteckt, nicht einfach so abgetan, sondern ernst genommen werden!

Wenngleich unsere KollegInnen in den ermittelnden Bereichen immer mal wieder in Erscheinung getretene Geldautomatensprenger identifizieren und einem Strafverfahren unterziehen konnten, muss leider konstatiert werden, dass es den Sicherheitsbehörden über all die Jahre nicht gelungen ist, vor die Lage zu kommen und ebene Taten wirksam präventiv zu verhindern.

Das Allheilmittel nun in der Forderung nach höher motorisierten Fahrzeugen für die Einsatz- und Streifendienste zu suchen, ist nicht nur viel zu kurzfristig gedacht, sondern auch absolut realitätsfern und unpraktikabel. Wer nämlich verlangt, dass unsere KollegInnen bei Geschwindigkeiten zwischen 250 km/h und 300 km/h die eigene Gesundheit und die der unbeteiligten Verkehrsteilnehmer zur Verfolgung flüchtiger und absolut rücksichtsloser Geldautomatensprenger aufs Spiel setzen sollten, dem fehlt schlichtweg der Bezug zur gelebten Praxis.

Vielmehr müssen grundlegende Maßnahmen getroffen werden, welche weitere Tatausführungen unattraktiv machen.

Die täglichen Hinweise im internen Messenger der Polizei Niedersachsen, die zur Sensibilisierung zu GAA-Sprengungen dienen sollen, führen einmal mehr vor Augen, dass die Banken tagesaktuell, trotz erster Kooperationsgespräche mit Vertretern des niedersächsischen Innenministeriums im Juni 2022, weiterhin ganzjährig zum „Tag der offenen Tür“ für Geldautomatensprenger einladen. Darüber freut sich insbesondere die niederländische organisierte Kriminalität, die sich für einen Großteil der Taten verantwortlich zeigt. Wie bei solchen kriminellen Strukturen üblich, werden die erbeuteten Gelder durch etliche Hände nach oben weitergegeben, bis sie beim Kopf der Bande ankommen. Die am Tatort agierenden Bandenmitglieder am anderen Ende der Struktur, werden bei erfolgten Inhaftierungen schlichtweg nachersetzt. Da die Banden in den Niederlanden so gut wie gar nicht mehr durch jene Tathandlungen in Erscheinung treten, wird eine wirksame Kriminalitätsbekämpfung durch die deutschen Sicherheitsbehörden weiter erschwert. Die Ausweitung auf das gesamte Bundesgebiet sorgt ferner für weitere Schwierigkeiten für die Strafverfolgungsbehörden, die föderalistischer Natur sind.

Aber wieso agieren die Banden denn kaum noch in den Niederlanden? „Weil die Niederländer sich weitestgehend vom Bargeld verabschiedet haben und die Banken sich den Tätergruppierungen durch wirksamen Schutz ihrer Geldausgabeautomaten entgegengestellt haben. In Deutschland hingegen bleibt das Bargeld nach erfolgten Sprengungen brauchbar, während die Versicherungen den Banken die Geld-, Gebäude- und Inventarschäden begleichen. Die mittlerweile oftmals verwendeten Festsprengstoffmittel beschädigen nämlich keinesfalls lediglich den Geldausgabeautomaten, sondern sorgen mit ihrer Wucht

auch dafür, dass folglich ganze Gebäude in Brand geraten können oder einsturzgefährdet sind“, so der Landesvorsitzende Patrick Seegers.

In Anbetracht der täglich zu erwartenden lebensbedrohlichen Gefährdungslagen für unbeteiligte Anwohner und Einsatzkräfte, dürfen diese paradiesischen Gegebenheiten für die Geldautomatensprenger nicht länger geduldet werden.

Wir als DPoIG Niedersachsen fordern: Der Druck auf die Banken muss jetzt unverzüglich durch entschlossene Entscheidungen der Politik deutlich erhöht werden, um die BürgerInnen und Einsatzkräfte dieses Landes nicht länger als vermeidbar zu gefährden.